

Antragsbereich V: Verfasste Studierendenschaft und demokratische Hochschule

Antrag V1_18/2

1 **V1_18/2 Unsere Hochschulen sind politisch –** 2 **und müssen es bleiben!**

3 Die befreite Gesellschaft ist eine solche, die sich durch die Demokratisierung aller Lebensbereiche
4 auszeichnet. Demokratie als Ziel, Programm und Pflicht aller Gesellschaftsbereiche. Demokratie,
5 Mündigkeit und Kritik sind dabei untrennbar miteinander verwoben. Mut zum Widerspruch, der
6 Drang sich einzumischen, die Entschlossenheit Stellung zu beziehen – es ist die Aufgabe der
7 Demokratieerziehung, alle Menschen zur Mündigkeit zu erziehen. Und es ist Aufgabe der selbst
8 organisierten Subjekte - an Hochschulen der verfassten Studierendenschaften – die eigene Rolle in
9 der politischen Bildung der Gesellschaft in diesem Sinne auszudifferenzieren und zu verkörpern.

10 Aus der Geschichte der Studierendenschaften, ihrer breitwilligen Anpassung im Aufstieg des
11 Nationalsozialismus, ergibt sich die historische Verantwortung, sich dem Antifaschismus zu
12 verschreiben. So war die nationalsozialistische Staatsgewalt zur Gleichschaltung nicht nötig. Die
13 Studierendenschaften wandten sich von selbst dieser „Bewegung der Jugend“ zu, öffneten ihr Tür
14 und Tor und stellten sich, wie beispielsweise durch die studentisch organisierten
15 Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933 an deren Spitze.

16 Das Gut der freien Demokratie sieht sich in Zeiten einer erstarkenden Rechten unter Beschuss.
17 Auch an den Hochschulen hat sich die Aktivität der politischen Rechte erhöht. Beispielhaft seien
18 die Jugendorganisationen der AfD und insbesondere „Bewegungen“ der sogenannten „Neuen
19 Rechten“, die eigens die Wissenschaft für ihre menschenfeindlichen Diskurse zu
20 instrumentalisieren ersuchen, wie etwa die Identitäre Bewegung, genannt. Die
21 Studierendenschaften geraten unter Druck. Und das nicht nur von „innen“ durch sich
22 konstituierende rechte Studierendenbewegungen, sondern auch von „außen“ vermischt sich die
23 fortlaufende Beschränkung des politischen studentischen Raums mit der Reaktion der
24 Hochschulleitungen auf die politische Anspannung. So drohte beispielsweise die Präsidentin der
25 Humboldt-Universität zu Berlin, Sabine Kunst (SPD), den Referent*innenrat (gesetzlich AStA) auf
26 Veröffentlichung aller Referent*innennamen zu verklagen, um einem Anliegen der AfD-Fraktion im
27 Berliner Abgeordnetenhaus zu entsprechen. Viele Hochschulleitungen entziehen sich einer
28 politischen Positionierung, erschweren die Raumvergabe für politische Veranstaltungen oder
29 unterbinden die Tätigkeit politischer Hochschulgruppen, wie etwa in Ludwig-Maximilians-
30 Universität in München, wo sämtlichen Hochschulgruppen die Akkreditierung entzogen wurde. Der
31 Druck von rechts treibt die Entpolitisierung der Hochschulen voran.

32 Doch auch politische Hochschulgruppen, die schon lange im Tableau der Hochschulpolitik
33 verankert sind, wie etwa der RCDS, nutzen den Deckmantel „demokratischer Neutralität“, um sich
34 ganz freiwillig und überzeugt für die Beschränkung politischer Räume einzusetzen. Genannt seien
35 etwa die geforderte Einführung einer Demokratieerklärung oder umfangreiche
36 Rechenschaftsverpflichtungen in Misstrauen gegenüber der Arbeit der studentischen
37 Vertreter*innen.

38 Die „entpolitisierte“ Studierendenschaft entzieht sich ihrer historischen Verantwortung, genauso
39 wie ihrer notwendigen Rolle im Kampf gegen Rechts. Hierzu braucht es Hochschulen, die die
40 Notwendigkeit des studentischen politischen Raums erkennen und die Studierendenschaften in
41 ihrer demokratiefördernden Rolle unterstützen. Es fehlt aber auch an Gegenstrategien innerhalb der
42 Studierendenschaften, um die Vereinnahmung von Rechts zu verhindern. Die Flucht in die
43 Neutralität ist eine Illusion. Als größter politischer Studierendenverband mit Vertreter*innen in
44 unzähligen ASten, Studierendenräten und vergleichbaren Vertretungen, sehen wir es als unsere
45 Pflicht, den Rechten auf dem Campus keinen Fußbreit zu lassen. Unsere Antwort ist nicht neutral,
46 sie ergreift Partei. Für demokratischen Diskurs, für Kritik und für die Erziehung zur Mündigkeit.

47

48 **Die historische Verantwortung einer politischen Studierendenschaft**

49 Politische Bildung war im deutschen Bildungssystem nie von selbst angelegt. Vielmehr waren es
50 die Alliierten, die im Rahmen des sogenannten „Reeducation-Programms“ nach der deutschen
51 Kapitulation die Studierendenschaften als selbstverwaltete Körperschaften organisierten, um der
52 staatlichen Institution Hochschule ein demokratisches Gegengewicht gegenüberzustellen, welches
53 gleichzeitig auch dem Ideal der Demokratieerziehung gerecht würde. Die demokratisierte
54 Studierendenschaft als Antagonismus zu den nach dem Führerprinzip strukturierten
55 Studentenschaften im Nationalsozialismus. Der Raum Hochschule als isolierte Zelle, die den
56 Studierenden eine auf ihre unmittelbaren Belange reduzierte Mitsprache zugestand, entsprach
57 diesem Modell zu keiner Zeit. Im Gegenteil: Die Studierendenschaften sollten einen aktiven Part in
58 der Gestaltung der Nachkriegsdemokratie einnehmen.

59 Den Studierenden wurde hiermit ein Vertrauensvorschuss zuteil. Waren es doch gerade die
60 Studierendenschaften der 1920er und 30er Jahre, die sich gegenüber republikfeindlicher
61 Gesinnung öffneten. Die Mehrheit der Studierenden verband die Weimarer Republik mit der als
62 Schmach empfundenen Niederlage des – durch das Deutsche Reich – verursachten ersten
63 Weltkriegs. Die antidemokratisch organisierten Verbindungen und Burschenschaften gewannen an
64 Zulauf und gingen letztlich im völkisch orientierten nationalen Hochschulring auf. Es war auch die
65 offene Artikulation dieser völkischen und antirepublikanischen Politik, die 1927 zum Bruch mit
66 Weimar und zum Entzug der staatlichen Anerkennung der Studierendenschaften führte. Erhalten
67 blieb jedoch der nationale Dachverband, die „Deutsche Studentenschaft“. Mit der staatlichen
68 Anerkennung konnte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) ungehindert
69 seine Vorherrschaft ausbauen. Bereits Anfang der 1930er – also vor der Verabschiedung des
70 Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 im Reichstag – gewann der NSDStB mit seinen
71 zutiefst antisemitischen, antiintellektuellen und völkisch-nationalen Positionen die absolute
72 Mehrheit der Studierenden.

73 Unter der Mehrheit der Studierenden hatte sich der Nationalsozialismus somit früh als
74 hegemoniale Ideologie etabliert, die eine Gleichschaltung an den Hochschulen nach dem
75 Ermächtigungsgesetz hinfällig werden ließ. Im studentischen Raum war Widerspruch schon vorher
76 nahezu nicht vorhanden oder geduldet. Ab 1933 wurden die Studierende auch institutionell
77 unterstützt und ihre Einflusssphäre wuchs. Mit der studentisch organisierten Bücherverbrennung
78 vom 10. Mai 1933 wurde diese Zunahme an Einfluss demonstriert. Auf dem heutigen Bebelplatz
79 vor der Humboldt-Universität (damals Berliner Hochschule) und in 21 weiteren Hochschulstädten
80 wurden tausende Werke ausgewählter jüdischer oder oppositioneller Autor*innen von
81 Sprechparolen begleitet verbrannt.

82 Zweifelsohne führte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und der Einzug der Wehrmacht zu einer
83 Verschiebung in der Struktur der Studierendenschaften. Vereinzelt studentischen
84 Widerstandsorganisationen, wie etwa die Weiße Rose und die Rote Kapelle blieben eine kleine
85 Minderheit. Letztlich lässt sich feststellen: Den Vertrauensvorsprung, den die Alliierten in die Hände
86 der Studierenden legten, war groß. Er war verbunden mit einem Auftrag, Teil eines demokratischen
87 Diskurses an den Hochschulen zu werden. Sowohl die Studierenden demokratisch zu bilden, als
88 auch sich dem institutionellen Hochschulapparat gegenüberzustellen. Letztlich eine Jugend
89 hervorzubringen, die „sich nicht nur wissenschaftliche Verfahrensweisen aneignet“, sondern den
90 „Geist der realen und tätigen Demokratie praktiziert“, wie von Max Horkheimer in der
91 Eröffnungsrede zum Studierendenhaus an der Frankfurter Goethe-Universität aufgegriffen. Eine
92 diesen Auftrag erfüllende Studierendenschaft kann nur eine politische sein. Ihr Zweck, ihr Handeln
93 und ihre Rolle ist historisch bedingt und antifaschistisch.

94

95 **Politikfreie Hochschulen gibt es nicht**

96 Dass ein solcher antifaschistischer eine wirksame Waffe gegen rechts sein kann, zeigt sich an der
97 Vehemenz der Angriffe von rechts gerade auf solche hochschulpolitische Aktivität. Die
98 Inszenierung als Opfer einer vermeintlichen linken Meinungshoheit an Hochschulen zeigt sich
99 beispielsweise am Modell des sogenannten „AfD-Lehrer-Portals“, an dem Schüler*innen Aussagen
100 sogenannter „linker“ Lehrer*innen veröffentlichen sollen.

101 Die Strategie der politischen Rechten arbeitet mit gezielter Schwächung bis zur Denunzierung
102 politischer Gegner*innen. Oftmals werden hierfür sogar Gesetzesbegriffe und sinnvolle Prinzipien
103 verfälscht in den Diskurs eingeführt, zumindest aber fragwürdig interpretiert. So wurde
104 beispielsweise das von der AfD geforderte Neutralitätsgebot an Schulen als Kampfbegriff in den
105 Diskurs eingeführt, indem dieses aus dem Beutelsbacher Konsens (Kontroversitätsgebot,
106 Überwältigungsverbot und Schülerorientierung [sic!]) verfälscht abgeleitet wurde.

107 Einiges trägt sich vor Ort in den Gremien der Verfassten Studierendenschaften zu. Zahlreiche
108 Angriffe finden darüber hinaus online statt. In Kommentaren und durch das Teilen von Beiträgen
109 spricht die junge Alternative offen davon, ihre politischen Gegner*innen zu jagen, hält sich mit
110 Drohungen kaum zurück.

111 Der Widerspruch zwischen der Darstellung als Opfer von linkspolitischem Aktivismus an
112 Hochschulen und massiven Angriffen auf Lehr- und Meinungsfreiheit ist offensichtlich. Nicht
113 minder erschreckt, wie Strategien der Hochschulleitungen und Forderungen von
114 Studierendensorganisationen, die sich demokratischen Parteien zuordnen, wie etwa der RCDS, dem
115 Anliegen rechter Gruppen in die Hände spielen. Im Anliegen, den rechten Diskurs an Hochschulen
116 keinen Raum zu geben, wird der Versuch unternommen, den Raum Hochschule zu „neutralisieren“.
117 Politische Veranstaltungen werden beschränkt, die Arbeit politischer Hochschulgruppen und die
118 Bildungsarbeit in der Verfassten Studierendenschaft verhindert. Der Reflex der Hochschulen
119 mündet in einen Generalverdacht gegenüber der politischen Artikulation im Allgemeinen. Sie zeigt
120 sich besonders, im Abverlangen eines sogenannten „Demokratiebekenntnisses“, wie etwa in der
121 vom RCDS vertretenden Forderung nach einer Extremismusklausel. Die Umgangs- und
122 Lösungsangebote der Hochschulleitungen, genauso wie die Einschüchterungsversuche durch die
123 Vorschläge des RCDS haben dabei keinen demokratiesichernden Effekt – im Gegenteil.

124 Zwei Fragen müssen sich gestellt werden: Zunächst einmal, was sich hinter der eingeforderten
125 Neutralität eigentlich verbirgt. Eine neutrale bzw. wertfreie Studierendenschaft gibt es genauso

126 wenig, wie das für eine neutrale Wissenschaft der Fall ist. Die Illusion der von politischer Haltung
127 bereinigten Diskussion entfaltet sogar ein gefährliches Potential: Die Annahme einer „richtigen“ und
128 damit unstreitbaren Auslegung von Argumenten und Fakten unterbindet jede Kritik. Die zweite
129 Frage ist, ob sogenannte Neutralität in der aktuellen politischen Situation – und mit Blick auf die
130 historische Verantwortung der Studierendenschaften in jeder Situation – geboten sein kann.
131 Angriffe von rechts im Raum der Hochschule dürfen nie unwidersprochen bleiben. Kein Fußbreit
132 bedeutet nicht „betreten verboten“, sondern „betreten verboten für euch“. Der Versuch der
133 Neutralisierung des Hochschulraums erschwert nicht nur die antifaschistische Präventions- und
134 Gegenarbeit, sondern fügt sich in die Opferinszenierung von rechts unmittelbar ein.

135 Darauf, dass der RCDS mit seinem politischen Kurs dem rechtspolitischen Lager den Teppich
136 ausrollt, haben wir Juso-Hochschulgruppen des Öfteren hingewiesen. Auffällig bleibt jedoch die
137 Überforderung und Hilflosigkeit der Hochschulleitungen, die lieber Hochschulgruppen insgesamt
138 verbieten, als das Risiko einzugehen, einer AfD-Hochschulgruppe gezielt entgegen zu treten. Es
139 fehlt an Strategien im Umgang mit der rechtspolitischen Debattenprägung sowohl für sie, als auch
140 die Verfassten Studierendenschaften. Es geht darum, in vernetzter Zusammenarbeit den Raum
141 Hochschule nachhaltig gegen Angriffe von Rechts zu schützen und die Studierendenschaften in
142 der Wahrnehmung ihrer Verantwortung zu unterstützen.

143 **Hochschulpolitik**

144 Wie verschiedene Studien zeigen, beteiligen sich immer mehr junge Menschen an politischen
145 Projekten. Doch diese Projekte sind meist nicht von Dauer. Viele engagieren sich nur kurzfristig in
146 der örtlichen Nachhaltigkeitsinitiative oder für ein paar Monate für Kinder in Not. Wenngleich
147 dieses Engagement zu begrüßen ist, sinkt an anderer Stelle die Mitwirkung: Die Zustimmung zur
148 Demokratie und Parteien insgesamt sinkt seit Jahren in allen westlichen Staaten. Vor allem jüngere
149 Generationen sind davon betroffen. Dies ist unter anderem dadurch zu erklären, dass viele
150 Menschen zwar den Drang verspüren sich gegen die Ungerechtigkeiten dieser Welt zu engagieren
151 und dies auch tun, gleichzeitig aber die politischen Zusammenhänge dieser Umstände
152 ausgeblendet wird. Statt sich für gesellschaftliche Veränderungen langfristig und im Allgemeinen
153 stark zu machen, engagiert man sich dort, wo die eigenen Handlungen sich in scheinbar konkreten
154 Verbesserungen manifestieren. Diese Entwicklungen sind dramatisch, denn sie entziehen den
155 politischen Parteien als meinungsbildende Instanzen den Nährboden und langfristig den
156 gesellschaftlichen Rückhalt.

157 Angesichts dieser Entwicklung müssen sämtliche Bildungsinstitutionen ihre Rolle in der
158 Demokratieerziehung neu fassen. Demokratie darf dabei nicht nur abstrakt gelehrt werden, sondern
159 muss für alle praktisch erlebbar sein. In der Lehre muss Demokratie auf Grundlage der Prinzipien
160 der Exemplarität und des Lebensweltbezugs vermittelt werden. Für die Hochschulen bedeutet es,
161 die Arbeit politischer Listen nicht zu verhindern, sondern sie in ihrer meinungsbildenden Funktion
162 zu unterstützen. Diese Funktion haben sie nicht nur innerhalb des hochschulpolitischen
163 Universums, sondern darüber hinaus als Diskussions- und Bildungsraum für Studierende zu all den
164 Themen, die sie politisch beschäftigen.

165 Der Behauptung, junge Menschen seien nicht politisch, stellen wir uns mit diesem Antrag entgegen.
166 Wir suchen die politische Auseinandersetzung untereinander. Gegen die Entpolitisierung der
167 Hochschulen und Wissenschaft anzukämpfen, nehmen wir als politischen Auftrag ernst. Deshalb
168 werden wir als Juso-Hochschulgruppen:

- 169 • In den Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung treten wir
170 sämtlichen Bestrebungen, Hochschulen zu unpolitischen Einrichtungen zu erklären,
171 konsequent entgegen.
- 172 • Dazu gehört auch die Möglichkeit für parteinahe Hochschulgruppen, an der Willensbildung
173 innerhalb der Studierendenschaft aktiv mitzuwirken. Die Hochschule muss die nötigen
174 Freiräume dafür schaffen und die entsprechende Infrastruktur (z.B. Räume in der
175 Hochschule) bereitstellen.
- 176 • Es liegt auch in unserer Verantwortung, mit allen Studierenden über unsere politische
177 Verantwortung als Studierendenschaft in den Diskurs zu treten. Deshalb bleibt politische
178 Bildung ein Grundpfeiler unserer Arbeit in all unseren Strukturen. Diese politische Bildung
179 darf nicht einer vermeintlichen Neutralität zum Opfer fallen, sondern muss von den
180 Gremien der Studierendenschaften und den Hochschulen gefördert werden.
- 181 • Studierende, die sich beispielsweise für Minderheiten stark machen, müssen vor
182 Übergriffen von allen Seiten geschützt werden. Deshalb werden wir insbesondere kritische
183 Arbeitsbereiche (z.B. Antifa- und Antira-Referate, Queer*- und Feminismusreferate),
184 politische Bildung), die schon heute im hohen Maße Angriffen von außen ausgesetzt sind,
185 strukturell schützen.
- 186 • Wir müssen in Zukunft verstärkt mit den Hochschulleitungen in einen Diskurs treten, um zu
187 verdeutlichen, dass ein Rückzug in eine vermeintliche politische Neutralität keine Option
188 ist. Wir fordern die Hochschulleitungen auf, politische Arbeit an Hochschulen nicht zu
189 beschneiden.
- 190 • Die politische Dimension eines Studiums muss allen Studierenden und Lehrenden stärker
191 als bisher bewusstgemacht und ständig weiter diskutiert werden. In den Gremien der
192 akademischen Selbstverwaltung setzen wir uns deshalb dafür ein, entsprechende
193 Elemente in der Lehre zu integrieren.

194
195 Die Rahmenbedingungen für politisches Engagement an Hochschulen müssen neu geschaffen
196 werden.

- 197 • Es braucht eine Flexibilisierung des Studiums, um die nötigen Freiräume für politisches
198 Engagement zu ermöglichen.
- 199 • Politischen Hochschulgruppen muss die nötige Infrastruktur für ihre Arbeit bereitgestellt
200 werden. Dazu gehören angemessene Räumlichkeiten für die Studierendenschaft, aber auch
201 angemessene Räumlichkeiten für die Hochschulgruppen selbst.
- 202 • Die politischen Gruppen müssen die Möglichkeit haben in die Hochschulöffentlichkeit
203 hinein zu wirken und für ihre Positionen zu werben. Dazu müssen sämtlich Verbote der
204 Hochschule z.B. Flyer/Zeitungen nur in bestimmten Zeiträumen zu verteilen, Plakate
205 aufzuhängen oder Veranstaltungen mit Politiker*innen durchzuführen, fallen.
- 206 • Von politischen Hochschulgruppen durchgeführte Veranstaltungen dürfen nicht dem
207 Wohlwollen der Hochschulleitung unterliegen und sind somit immer zu gestatten, sofern
208 ihre Form und ihr Inhalt nicht rassistisch, antisemitisch, sexistisch oder in einer anderen
209 Weise menschenfeindlich ist.

210
211 Die Hochschulleitungen tragen ebenso eine Verantwortung. Sie müssen die entsprechenden
212 Rahmenbedingungen für den politischen Diskurs an der Hochschule schaffen:

- 213 • Hochschulen müssen sich klar zu einem demokratischen Diskurs auf dem Campus
214 bekennen. Dabei darf kein Thema ausgeklammert werden. Eine Trennung zwischen

215 Wissenschaft und „der Politik“ besteht nicht - Hochschulräume sind immer auch politische
216 Räume und müssen einen Teil zum Diskurs beitragen.

- 217 • Wissenschaft hat die Aufgabe, Diskurse innerhalb der Gesellschaft anzustoßen und sie
218 aktiv mitzugestalten. Diese Aufgabe kann nur durch eine freie und unabhängige
219 Wissenschaft gewährleistet werden. Gegen politische Gruppierungen, die diese Freiheit
220 beschneiden wollen, müssen sich die Hochschulen auch im öffentlichen Diskurs wehren.
- 221 • Hochschullehrer*innen die sich öffentlich Positionieren machen sich heute angreifbar und
222 gefährden mitunter die Finanzierung ihrer Forschung und Lehre. Diese Abhängigkeiten
223 müssen aufgelöst werden, u.a. durch eine stärkere Grundfinanzierung.
- 224 • Überparteilich heißt nicht neutral: In Wahlkämpfen innerhalb und außerhalb der Hochschule
225 tragen die parteinahen Studierendenverbände zur Willensbildung innerhalb der
226 Studierendenschaft bei. Hochschulleitungen müssen hierfür den angemessenen Rahmen
227 schaffen: Das heißt für uns, auch Veranstaltungen mit Parlamentarier*innen und
228 Regierungsmitgliedern zuzulassen.
- 229 • Sexismus, Rassismus und Antisemitismus haben an der Hochschule nichts verloren.
230 Deshalb ist es auch Aufgabe der Hochschulleitungen, entsprechende Äußerungen
231 politischer Hochschulgruppen nicht kommentarlos im Raum stehen zu lassen, sondern
232 diese zu unterbinden.
- 233 • Die Hochschulleitungen müssen sich vor all diejenigen Mitglieder der
234 Hochschulgemeinschaft stellen, die sich für Demokratie und Toleranz stark machen.

235

236 Die SPD und ihre Parlamentarier*innen muss sich ebenfalls klar zu starken Studierendenschaften
237 und dem politischen Raum Hochschule bekennen:

- 238 • Die SPD muss die progressiven antifaschistischen Kräfte an den Hochschulen
239 unterstützen. Dazu muss sie den Kontakt zu den Akteur*innen aktiv suchen.
- 240 • Die SPD darf die Hochschulen nicht sich selbst überlassen, sondern die
241 Rahmenbedingungen für einen demokratischen Diskurs an den Hochschulen schaffen oder
242 bewahren. Insbesondere in den Bundesländern, in denen es noch keine oder nur schwache
243 Studierendensstrukturen gibt, sind verstärkte Anstrengungen zu unternehmen. Das
244 allgemeinpolitische Mandat ist für die Arbeit der Studierendenschaften unerlässlich.
- 245 • Die SPD muss sich verstärkt gegen die sich ausbreitenden anti-intellektuellen Tendenzen in
246 der Gesellschaft engagieren. Wissenschaft und ihre Freiheit bleibt eine Säule des
247 demokratischen Staates.
- 248 • Angriffen auf die Studierendenschaft, die zur Zeit unter anderem von Seiten der AfD und
249 anderen rechtsnationalistischen Gruppen zu beobachten sind, muss sich die SPD mit aller
250 Entschiedenheit entgegenstellen. Hierbei ist eine enge Zusammenarbeit von SPD-
251 Abgeordneten in Land und Bund mit den Studierendenschaften unerlässlich.

252

253 Für eine politische Studierendenschaft, für politische Hochschulen!